

Interview:

"Mißverständnisse zwischen Indien und den USA"

Die amerikanische Fize-Außenministerin Robin Raphel hat in Indien mit ihren Äußerungen zur Kashmir-Frage kaum Freunde gewonnen. Die US-Botschaft in New Delhi war denn auch bemüht, Mrs. Raphel weitgehend vor den indischen Medien abzuschirmen, um weitere Kontroversen zu vermeiden. In einem Exklusiv-Interview für die indische Wochenzeitschrift 'India Today' bemühte sie sich um "Schadensbegrenzung" durch Richtigstellung mißverständlicher Äußerungen, Auszüge aus dem Interview:

Wie schätzen Sie das Ergebnis Ihres Besuches ein?

Ich bin sehr zufrieden. Es wird allerdings eine Zeit dauern um deutlich zu machen, daß wir, die Regierung Clinton, großen Wert auf den Ausbau unserer Beziehungen zu Indien legen. Es hat da eine Reihe von Mißverständnissen gegeben, die jetzt weitgehend geklärt sind.

Die von Ihnen angesprochenen Mißverständnisse sind doch zum großen Teil durch Ihre eigenen Äußerungen entstanden.

Sicherlich, aber man hat meine Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen, und zwar oft genug absichtlich.

Sie stellen also die Zugehörigkeit von Kashmir zu Indien nicht infrage?

Das habe ich nie getan. Innerhalb von zwei Tagen war diese Frage offiziell vom Tisch. Unsere Sicht der Kashmir-Frage dürfte inzwischen allgemein bekannt sein. Wir meinen, Indien und Pakistan müssen in dieser Streitfrage zu einer Verhandlungslösung kommen. Eine solche Einigung sollte unter dem Shimla-Abkommen erfolgen. Außerdem sollte sichergestellt sein, daß die Lösung für die Menschen in Kashmir akzeptabel ist. Es ist eine ganz praktische Frage: Wenn die Kashmiris nicht hinter der Lösung stehen, ist es keine Lösung.

Was meinen Sie konkret, wenn sie von den "Wünschen der Menschen" sprechen?

Wir bevorzugen keine bestimmte Lösung. Die beteiligten Parteien müssen das unter sich entscheiden.

Indien setzt sich diesbezüglich für mehr Transparenz in der Politik ein.

Ja, wir haben schon mehrfach anerkannt, daß die indische Regierung wichtige Schritte in Richtung auf mehr Transparenz und Offenheit unternommen hat. Angefangen bei der Einreisegenehmigung für das Internationale Rote Kreuz bis zu den freizügigeren Reisebestimmungen für Botschafter und andere. Ich denke, der wichtigste Schritt ist die Einrichtung einer Menschenrechtskommission. Doch es bleibt auf diesem Gebiet auch noch eine Menge zu tun.

Jedenfalls ist hier der Eindruck entstanden, daß die indisch-amerikanischen Beziehungen zur Zeit eher frostig sind.

Ironischerweise sind die amerikanisch-indischen Beziehungen trotz der ganzen Problematik in vieler Hinsicht so gut wie nie. Nach Ende des Kalten Krieges gibt es heute eine Menge Gebiete, auf denen wir zusammenarbeiten können, nicht nur auf Regierungsebene. Gerade die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen haben sich explosionsartig entwickelt. Wir reden viel mehr miteinander.

Zielt der Druck, den die USA in letzter Zeit auf Indien ausübt, auf Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages?

Lassen Sie mich zunächst einmal klarstellen, worum es hier überhaupt geht. Es ist zur Gewohnheit geworden, das Abkommen mit Nichtverbreitung gleichzusetzen. Wir sehen das anders, und deshalb will ich mich auch nicht auf das Nichtverbreitungsabkommen konzentrieren. Weltweit gibt es einen Atomteststop-Vertrag sowie eine Produktionsbeschränkung bei spaltbarem Material. Auf diesen Gebieten arbeiten wir sehr gut mit Indien zusammen. Aber wir müssen auch besonders wachsam die Regionen im Auge behalten, die in dieser Hinsicht am gefährdetsten sind, und Südasiens gehört sicherlich dazu. Deshalb versuchen wir zur Zeit, die beiden südasiatischen Nationen mit atomaren Kapazitäten zu einer differenzierteren Sicht ihrer Nuklearkapazität zu bewegen, mit dem Ziel, daß sie ihre Nuklearpotentiale abbauen und schließlich nach Möglichkeit ganz eliminieren. Dies wird nicht leicht sein.

Die Position der indischen Regierung in dieser Frage ist ziemlich klar: Man wird hier keinen Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnen, solange es nicht ein multilaterales Abkommen ist, nicht-diskriminierend und nicht auf die fünf derzeitigen Atomkräfte beschränkt. Sehen Sie dafür eine Verhandlungsgrundlage?

Langfristig teilen wir das Ziel weltweiter Nuklearfreiheit. Das Problem ist, daß es sehr lange dauern wird, dieses Ziel zu erreichen, und bis dahin gehen die Ansichten und die Schritte, die unternommen werden, auseinander. Es ist aber völlig richtig und legitim, wenn die indische Regierung sich für ein multilaterales Forum einsetzt, in dem sich sowohl Indien wie Pakistan wiederfinden können.

Denken Sie, daß der Druck, der auf beide Länder ausgeübt wird, ausreicht?

Wir bemühen uns sehr, Pakistan zur Einstellung seines Atomprogramms zu bewegen. Wir haben erkannt, daß der Versuch, Indien und Pakistan gleichzeitig zum Einlenken zu bewegen, offenbar nicht funktioniert, also müssen wir einen anderen Weg einschlagen. Wenn wir Pakistan zur Einstellung seines Atomprogramms veranlassen können, kommt das jedem in der Region zugute, auch Indien.

Wird die US-Regierung im indisch-pakistanischen Konflikt eine Vermittlerrolle einnehmen?

Wir verstehen uns nicht als Vermittler. Dennoch nutzen wir unseren Einfluß auf beide Länder, um sie an den Verhandlungstisch zu bringen. Wir legen großen Wert auf gute und vor allem ausgewogene Beziehungen zu beiden Ländern.

Aber hier ist der Eindruck von einer Schiefelage zugunsten Pakistans entstanden: Auf Indien soll offenbar Druck in der Kashmirfrage ausgeübt werden. Welchen Druck übt die USA aber auf Pakistan aus, um den grenzüberschreitenden Terrorismus zu bekämpfen?

Ich kenne diese Vorwürfe der Einseitigkeit aus der indischen

Presse. Sie sind ungerechtfertigt. Wie ich schon oft betont habe, haben wir mehr Druck auf Islamabad ausgeübt als irgendwer sonst, damit Pakistan die Unterstützung militanter Aktivisten in Kashmir einstellt. Wir haben bei jeder Gelegenheit deutlich gemacht, daß eine solche Unterstützung aufhören muß.

Die indische Regierung hat Beweise, daß Söldner und hochwertige Waffen aus dem Ausland in Kashmir eingesetzt werden.

Es ist sehr schwer, überzeugende Beweise für ausländische Interventionen zu bekommen. Das Grenzgebiet ist so unübersichtlich, unwegsam und zerklüftet, daß man kaum einen Überblick bekommen kann, was dort passiert.

Sie sagten auch, daß Sie die Situation in Kashmir mit der in Afghanistan für vergleichbar halten. Afghanistan befindet sich in einem Bürgerkrieg, anders als Kashmir.

Die Ursachen der Konflikte sind zwar unterschiedlich, doch in beiden Fällen liegt die Tragödie darin, daß unschuldige Zivilisten die Leidtragenden sind und einen hohen Preis bezahlen müssen.

Wie sehen Sie die Rolle der Sicherheitskräfte, die gegen einen unsichtbaren aber starken Gegner kämpfen?

Die Sicherheitskräfte müssen zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie die Grenze überschreiten und Menschenrechtsverletzungen begehen.

Die militanten Aktivisten sind auch verantwortlich für Exzesse.

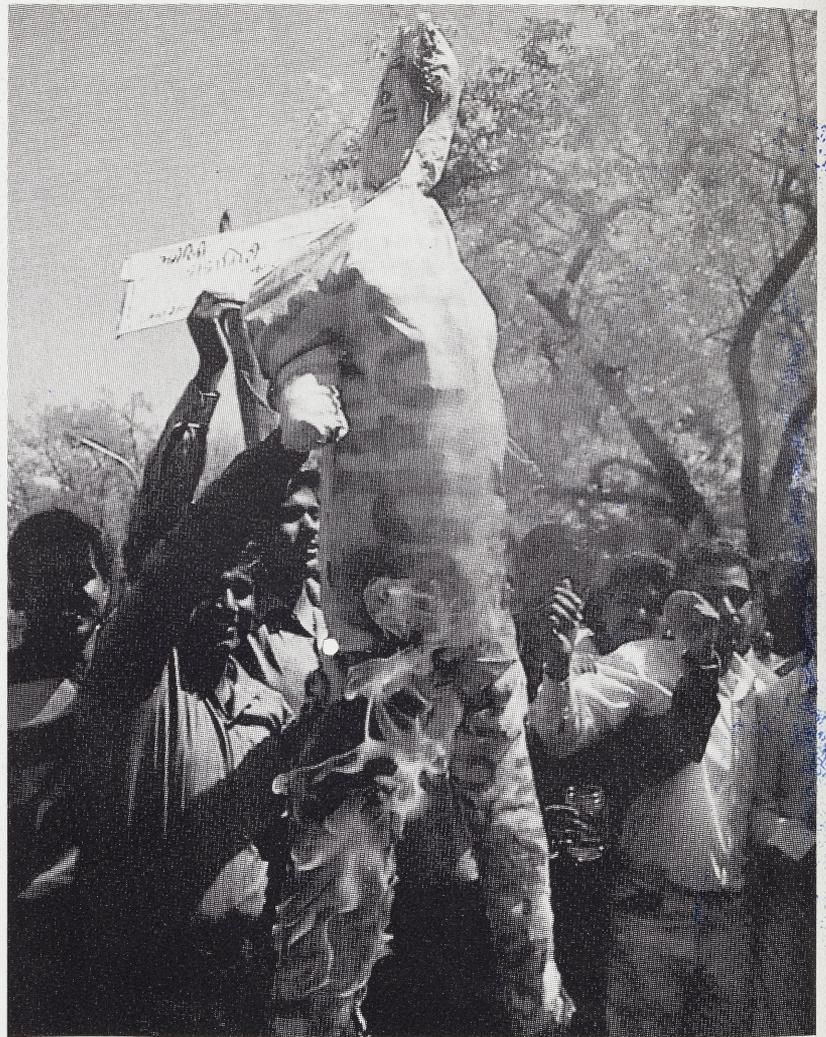
Sehr richtig. Lesen Sie unseren Menschenrechtsreport.

Sie sprachen über Menschenrechte in Kashmir. Wie ist das Bombardement von Somalis durch amerikanische Truppen zu bewerten?

Ich glaube, Sie sehen die Menschenrechtsfrage nicht ganz richtig. Für uns ist es ein weltweiter Ansatz. Wir beschäftigen uns mit allen Ländern und haben die gleichen Bewertungsmaßstäbe. Es gibt hier also nichts zu vergleichen.

Sie sagten, die Lieferung von F-16-Bombern an Pakistan sei eine einmalige Ausnahme. Aber der F-16 kann Atombomben tragen.

Wenn Pakistan eine Atombombe liefern will, kann es das heute schon tun, genauso wie Indien. Man kann die Bombe in einem Ochsenkarren transportieren oder in einer C-130, darauf kommt es wirklich nicht an. Was unser Angebot an Pakistan angeht, so hat



Proteste gegen Frau Raphael in Neu Delhi. Demonstranten verbrennen eine ihr nachgebildete Strohfigur. (Foto: Sharad Saxena)

niemand bisher dieses genau beschrieben, und auch ich werde das hier nicht tun. Unser zentrales Anliegen in der ganzen Angelegenheit ist, einen positiven Anstoß in Richtung Nichtverbreitung in Südasien zu geben.

Wie kann die US-Regierung sicherstellen, daß Pakistan sein Atomprogramm wirklich stoppt?

Selbstverständlich müssen wir sehr klare Inspektions- und Sicherheitsregeln nach internationalen Standards einführen.

(Übersetzung: Thomas Stukenberg.)

FIAN mit neuer Publikation

FIAN, die internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren, hat die erste Nummer einer neuen Zeitschrift "Food First. FIAN Magazin für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte" herausgebracht. Zum einen dient die Zeitschrift der Information über die verschiedenen Arbeitsfelder der Menschenrechtsorganisation. Zum anderen sollen in der Publikation verschiedene Aspekte der entwicklungspolitischen Diskussion aus dem Blickwinkel der stark vernachlässigten sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte betrachtet werden. Der Schwerpunkt der ersten Ausgabe liegt auf dem Thema Weltbank und Zwangsumsiedlung. Probeexemplare gegen DM 3,- (Portoerstattung): FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel. 02323-490099, FAX: 02323-496956.